

**Niederschrift**

| Gremium              | Sitzung - VW/011(V)/11 |                |          |          |
|----------------------|------------------------|----------------|----------|----------|
|                      | Wochentag,<br>Datum    | Ort            | Beginn   | Ende     |
| Verwaltungsausschuss | Freitag,<br>21.01.2011 | Hasselbachsaal | 15:00Uhr | 16:30Uhr |

Leitung: Oberbürgermeister Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 26. 11. 2010
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen
  - 4.1 Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) DS0506/10  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
  - 4.2 Umsetzung der DS0242/10 "Kooperationsvertrag Landeshauptstadt  
Magdeburg/Agentur für Arbeit Magdeburg ab 01.01.2011" DS0547/10  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
  - 4.3 Ergebnisse des 2. Magdeburger Seniorenforums und ihre  
Berücksichtigung in der Arbeit des Stadtrates und der  
Stadtverwaltung 10306/10  
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

|       |  |            |
|-------|--|------------|
| 5     | Anträge  |            |
| 5.1   | Antrag Subsidiarität<br>Jugendhilfeausschuss   | A0131/10   |
| 5.1.1 | Antrag Subsidiarität<br>Jugendhilfeausschuss   | A0131/10/1 |
| 5.1.2 | Antrag Subsidiarität<br>BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit                  | S0285/10   |
| 5.2   | 3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat<br>FDP-Fraktion   | A0149/10   |
| 5.2.1 | 3. Oktober und Jugend im Stadtrat<br>BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit     | S0319/10   |
| 5.3   | E-Mobilität in Magdeburg<br>Fraktion CDU/BfM   | A0142/10   |
| 5.3.1 | E-Mobilität in Magdeburg<br>Ausschuss UwE  | A0142/10/1 |
| 5.3.2 | E-Mobilität in Magdeburg<br>BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | S0273/10   |
| 5.4   | Magdeburg als "Kulturhauptstadt Europas"<br>Fraktion DIE LINKE                                 | A0110/10   |
| 5.4.1 | Magdeburg als "Kulturhauptstadt Europas"<br>Kulturausschuss                                    | A0110/10/1 |
| 5.4.2 | Magdeburg als "Kulturhauptstadt Europas"<br>BE: Bürgermeister                                  | S0262/10   |
| 6     | Verschiedenes  |            |

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadträtin Helga Boeck

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

**Geschäftsführung**

Frau Andrea Behne

**Verwaltung**

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadtrat Müller

i.V.f. Stadtrat Theile

i.V.f. Stadtrat Schwenke

i.V.f. Stadtrat Stern

i.V.f. Stadtrat Wähnelt

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 26. 11. 2010

---

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 26. 11. 2010 wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 4. Beschlussvorlagen und Informationen

---

#### 4.1. Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) Vorlage: DS0506/10

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

In seinen Erläuterungen informiert der Beigeordnete Herr Zimmermann, dass Hintergrund der Drucksache eine Änderung der Gesellschaftsstruktur ist. Diese macht sich erforderlich auf Grund der Absicht des Zentralverbandes Gartenbau e.V. aus der NKE nach Ablauf des Förderzeitraumes auszuschneiden. Damit verbunden ist der entsprechende Erwerb der Gesellschaftsanteile durch die Landeshauptstadt Magdeburg. Er bezeichnet dies als normales Verfahren, welchem zugestimmt werden kann.

Auf Nachfrage des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zur Höhe des zu erwerbenden Gesellschaftsanteils informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass sich diese unverzinst auf ca. 8 TEUR beläuft.

Ergänzend legt der Beigeordnete Herr Zimmermann dar, dass der Zentralverband lediglich für die Durchführung der Bundesgartenschau zwingender Partner der NKE war.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0506/10 in seiner Sitzung am 27. 01. 2011 zu beschließen.

- 4.2. Umsetzung der DS0242/10 "Kooperationsvertrag  
Landeshauptstadt Magdeburg/Agentur für Arbeit Magdeburg ab  
01.01.2011"  
Vorlage: DS0547/10
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Der Beigeordnete Herr Brüning verweist in seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache darauf, dass es der Verwaltung gelungen sei, die mit Beschlussfassung des Stadtrates hinsichtlich der Erarbeitung des Kooperationsvertrages gestellten Verhandlungsforderungen optimal umzusetzen. Im Weiteren geht er auf einzelne Forderungen ein und erläutert deren Umsetzung.

Herr Brüning führt aus, dass am 10. 01. 2011 die Konstituierung und die Aufnahme der Tätigkeit der Einrichtung „Jobcenter“ erfolgte.

Abschließend legt er dar, dass jetzt noch seitens der Fraktionen die Benennung der Mitglieder zur Besetzung des Beirates des Jobcenters erforderlich ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass zur Sitzung des Stadtrates für die Benennung der Mitglieder ein entsprechender Änderungsantrag vorgelegt wird.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die Diskussion der Thematik im Ausschuss RWB und die aufgeworfene Fragestellung, ob mit der Kooperationsvereinbarung die Verwaltung der Arbeitslosigkeit oder entsprechende Aufgabenstellungen vereinbart werden.

Zu seinem Hinweis auf die Aufgabe zur Grundsicherung und der Senkung der Arbeitslosigkeit führt der Beigeordnete Herr Brüning aus, dass dies die Hauptaufgabe der Tätigkeit des Jobcenters ist.

Ergänzend legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper dar, dass das Jobcenter eine Einrichtung mit eigener Personalhoheit ist und in Zusammenarbeit mit dem Träger festgelegt wird, wer was entscheidet. Es wurde Einigung darüber erzielt, dass nur mit der Landeshauptstadt gemeinsam und einvernehmlich entschieden werden kann.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die in der Vergangenheit geführte Diskussion bezüglich der Kooperation zwischen Stadt und Agentur für Arbeit und verweist auf die hier besprochenen Etappen hinsichtlich der Durchführung eines Übergangsjahres und darauf, dass ab 2012 der zukünftige Verfahrensweg feststehen soll. Er trifft die Feststellung, dass jetzt rückwirkend zum 01. 01. 2011 die Beschlussfassung erfolgen soll.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die vorgesehene Zwischenstufe sich zu einer Dauerstufe entwickelt hat und keine Übergangslösung mehr darstellt.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Bromberg hinsichtlich der Position des Geschäftsführers führt Herr Dr. Trümper aus, dass seitens der Agentur der Vorschlag für die Besetzung der Geschäftsführerposition erfolgt und dann gemeinsam entschieden wird.

Er verweist insbesondere darauf, dass er seine Zustimmung nur dann geben wird, wenn die Besetzung mit dem bisherigen Geschäftsführer vorgeschlagen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0547/10 in seiner Sitzung am 27. 01. 2010 zu beschließen.

- 4.3. Ergebnisse des 2. Magdeburger Seniorenforums und ihre Berücksichtigung in der Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung  
Vorlage: I0306/10
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## 5. Anträge

---

- 5.1. Antrag Subsidiarität  
Vorlage: A0131/10
- 

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

In seinen Ausführungen verweist Herr Brüning auf den vorliegenden Änderungsantrag A0131/10/1 des Jugendhilfeausschusses, welcher den Antrag A0131/10 ersetzt, und legt dar, dass sich der Ausschuss auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung mit der Thematik befasst hat und sich die Änderungen auf mögliche Einrichtungen des Jugendamtes und nicht des gesamten Dezernates beziehen. Er sichert zu, den Auftrag des Ausschusses schnellstmöglich umzusetzen.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass die Erstellung der Auflistung von Jugendeinrichtungen, die von der Stadt betrieben werden, bis zum II. Quartal 2011 erfolgt.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinterfragt die Sinnhaftigkeit dieser Auflistung und legt seine Auffassung dar, dass hiermit der Eindruck entsteht, die Stadt wolle sich von diesen Einrichtungen trennen.

Nach Hinweis des Oberbürgermeisters, dass die Verwaltung dies freiwillig nicht machen würde, spricht sich Stadtrat Stage für eine Ablehnung des Änderungsantrages aus.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht in einer Übertragung von Teilaufgaben des Jugendamtes eine Aufwandsminimierung und somit eine Zielstellung zur Haushaltskonsolidierung.

In seinen Ausführungen verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass bei den Jugendeinrichtungen der Stadt ein Teil durch Freie Träger und ein Teil in Verantwortung der Stadt betrieben wird. Er spricht sich dafür aus, diese Balance beizubehalten. Mögliche Einsparpotenziale müssen aber noch geprüft werden.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters und spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung des bestehenden Betreiberverhältnisses und gegen den Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses aus.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Übertragung von Kindereinrichtungen an Freie Träger und legt in seine Ausführungen u.a. dar, dass hier wesentliche Spareffekte ausgeblieben sind.

Er spricht sich dafür aus, die Betreuung der Einrichtung in Verantwortung der Stadt zu behalten und sieht hierin auch eine Frage der Daseinsfürsorge. Eine Übertragung an Freie Träger hält er für nicht sinnvoll.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, legt seine Auffassung dar, dass noch weitergehende Anforderungen im gesellschaftlichen Bereich auf die Verwaltung zukommen werden und eine Wertung vorgenommen werden sollte, welche Aufgaben als dringlich angesehen werden und wo es noch Spielraum gibt.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, sieht im vorliegenden Änderungsantrag lediglich eine Interessenbekundung, mit der noch keine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass im Antrag stellenden Jugendhilfeausschuss auch Freie Träger Mitglieder sind. Er bezeichnet die Erstellung der Auflistung mit Darlegung der Auffassung der Verwaltung dazu als unproblematisch. Die Entscheidung hierüber obliegt dann dem Stadtrat.

Anschließend geht er klarstellend auf die kritischen Ausführungen des Stadtrates Boeck hinsichtlich der Übertragung von Kindertageseinrichtungen ein.

Zusammenfassend trifft er die Feststellung, dass die Arbeit der Freien Träger gute Ergebnisse zeigt und sich diese mit der bestehenden Situation zufrieden zeigen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag ein, den Punkt 3 des Änderungsantrages zu streichen und die Auflistung im Verwaltungsausschuss zu beraten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat den Änderungsantrag A0131/10/1 unter Beachtung des Änderungsantrages des Verwaltungsausschusses A0131/10/1/1:

Der Stadtrat möge beschließen:

„Im Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird in Satz 2 der 2. Halbsatz wie folgt ersetzt:

... Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe haben auf der Grundlage dieser Liste die Möglichkeit eine Interessenbekundung abzugeben, welche **dem Verwaltungsausschuss zur Beratung vorgelegt wird.**

Punkt 3 des Beschlussvorschlages wird gestrichen.“

zu beschließen.

Eine Abstimmung zum Antrag A0131/10 hat sich erübrigt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. 3. Oktober 2011 und Jugend im Stadtrat  
Vorlage: A0149/10

---

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, informiert als Einbringer über eine redaktionelle Änderung des Antrages:

Sowohl im Beschlusstext als auch in der Begründung des Antrages ist der 2. Absatz bzgl. der Veranstaltung „Jugend im Stadtrat“ zu streichen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0149/10 unter Beachtung der redaktionellen Änderung in seiner Sitzung am 03. 03. 2011 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. E-Mobilität in Magdeburg  
Vorlage: A0142/10

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Sachgebietsleiterin 02 im Umweltamt Frau Struebig teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, macht umfassende Erläuterungen zum Anliegen des Antrages A0142/10.

In ihren erläuternden Ausführungen informiert Frau Struebig, dass gegenwärtig geprüft wird, inwieweit die Erstellung eines Konzeptes zur Etablierung von E-Mobilität in der LH MD integriert im Verbundprojekt MD-E<sup>4</sup> bearbeitet werden kann und sich hierbei die Bereiche Verkehrsmanagement sowie Umweltpsychologie anbieten würden.

Zielstellung im Bereich Verkehrsmanagement ist die Weiterentwicklung der Verkehrsmanagementzentrale zur Erreichung des langfristigen Ziels einer umweltverträglichen, emissionsarmen Verkehrsführung.

Sie verweist darauf, dass die E-Mobilität ebenfalls diesem Ziel dient und wesentlicher Baustein zur Verwirklichung des klimapolitischen Leitziels ist.

Weiterhin führt sie aus, dass im Bereich Umweltpsychologie die Akzeptanz von E-Mobilität in der Bevölkerung untersucht werden könnte sowie Barrieren identifiziert werden, die der Etablierung von E-Mobilität entgegenstehen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass es bei der derzeitigen Erzeugung von Elektroenergie kaum zu Einsparungen kommt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag A0142/10/1 des Ausschusses UwE hinsichtlich regenerativer Energiequellen.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag des Ausschusses UwE sieht Stadtrat Dr. Kutschmann die Umsetzung als problematisch an und spricht sich gegen den Änderungsantrag A0142/10/1 aus.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, hält es für problematisch zu erkennen, was Öko-Strom ist und erläutert seine Auffassung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0142/10 des Ausschusses UwE zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0142/10 unter Beachtung des Änderungsantrages A0142/10/1 des Ausschusses UwE in seiner Sitzung am 03. 03. 2011 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### 5.4. Magdeburg als "Kulturhauptstadt Europas" Vorlage: A0110/10

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, unterbreitet den Vorschlag, in die Umsetzung des Vorhabens sowohl Landesregierung als auch Umlandgemeinden einzubeziehen.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die zwingende Notwendigkeit, der Weiterleitung eines entsprechenden Antrages durch die Landesregierung und die damit gegebene Beteiligung des Landes. Hinsichtlich einer Einbeziehung von Umlandgemeinden sieht er Prüfungsbedarf.

Zur Thematik der Einbeziehung von Umlandgemeinden unterbreitet Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag, dann eine Umbenennung des Titels in „Kulturregion“ vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass den Umlandgemeinden die Möglichkeit geboten wird, sich an dem Vorhaben zu beteiligen, dies jedoch auf freiwilliger Basis und nicht mit Zwang.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch hält die Einbeziehung der Region für sinnvoll. Er benennt als Beispiel die Ausstellung 2012 „Otto Imperator“ und informiert über Gespräche, hier die Region einzubeziehen.

Insbesondere verweist er darauf, dass de facto in diesem Sinne bereits verfahren wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0110/10 unter Beachtung des Änderungsantrages A0110/10/1 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 27. 01.2011 zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## 6. Verschiedenes

---

### 6.1. Ulrichskirche

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf den Antrag A0177/10 der FDP-Fraktion vom 09. 12. 2010 hinsichtlich der Bereitstellung eines Raumes zur Meinungsbildung zum Thema Ulrichskirche.

Er legt seine Auffassung dar, dass eine Beratung in den verschiedenen Ausschüssen entsprechend dem beschlossenen Überweisungsantrag erst zu einer Beschlussfassung im Stadtrat am 31. 03. 2011 führt und sieht dies im Vorfeld des Bürgerentscheids als nicht sehr sinnvoll an.

Er gibt die Zusage, entsprechend dem Anliegen des Antrages die Nutzung des Pavillions am Kloster anzubieten. Die Nutzung kann jedoch erst ab 25. 02. 2011 erfolgen, da dort bis zu diesem Zeitpunkt noch eine Ausstellung stattfindet. Die Annahme des Angebotes bleibt abzuwarten.

Auf Nachfrage des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, gibt er die Zusicherung, dieses Angebot sowohl den Befürwortern als auch den Gegnern des Wiederaufbaus der Ulrichskirche zu unterbreiten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzende/r

Andrea Behne  
Schriftführer/in